



PLATFORM FOR INTERNATIONAL COOPERATION ON UNDOCUMENTED MIGRANTS

PICUM-Rundbrief März 2007

Fertiggestellt am 5. März 2007

Der Schwerpunkt dieses Rundbriefes liegt auf Nachrichten und politischen Entwicklungen hinsichtlich der sozialen Grundrechte von Menschen ohne Papiere. Auf der PICUM-Webseite www.picum.org steht er in folgenden Sprachen zur Verfügung: Englisch, Deutsch, Niederländisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch. Wir laden Sie dazu ein, diesen Rundbrief weiter zu verbreiten.

Wollen Sie einen Beitrag zu einer Politik leisten, die Menschenrechte von Menschen ohne Papiere respektiert?

Spenden Sie an PICUM!

Ihr Beitrag ermöglicht es uns, unseren Kampf gegen Marginalisierung und Ausbeutung von Menschen ohne Papiere fortzusetzen.

Sie können Ihre einmalige oder regelmäßige Spende an PICUM unter der Kontonummer 001-2666785-67 (Fortisbank, Schepdaal (B), IBAN BE93 001366678567) leisten. Bitte geben Sie Ihren Namen, Ihre Adresse und als Referenz „Spende“ an.

Danke!

Inhaltsübersicht:

- [1. Tod an der Grenze](#)
- [2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und den USA](#)
- [3. Entwicklungen in der Europapolitik](#)
- [4. Veranstaltungskalender](#)
- [5. Veröffentlichungen](#)
- [6. PICUM-Nachrichten](#)
- [7. Verschiedenes](#)

1. Tod an der Grenze

- Als Reaktion auf eine Anfrage einiger Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE erklärte die deutsche Bundesregierung am 22. Dezember 2006, dass im Jahre 2005 an den deutschen Grenzen vier Menschen zu Tode gekommen sind. Der Bericht betont, dass diese Todesfälle in keinerlei Verbindung zu Aktivitäten deutscher Bundespolizist/inn/en oder deutscher Zollbeamt/inn/en stehen.
http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/120/1603967.pdf
- Am 15. Januar 2007 fand das Wartungspersonal des Brüsseler Internationalen Flughafens die Leiche eines jungen Afrikaners in einem Fahrwerksschacht eines Flugzeugs von SN Brussels

Airlines. Dieses war am Tag zuvor aus Bajul, Gambia, gekommen. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, February 2007, S.7)

- Am 7. Februar 2007 brachen die Rettungshelfer/innen in Samos, Griechenland, die Suche nach den verbleibenden 12 Migrant/inn/en ab. Diese wurden seit dem 2. Februar vermisst, als ihr Boot nahe der Insel im orkanartigen Sturm sank. Von den 19 undokumentierten Migrant/inn/en, die sich an Bord befanden, wurden sieben tot geborgen. (Kathimerini, 8 Februar 2007/ Eleftheros Typos, Ethnos, 5 Februar)
- Fünf Menschen ertranken und weitere 20 werden vermisst, nachdem ein Holzboot mit undokumentierten Migrant/inn/en am 17. Februar 2007 vor der ostägäischen Insel Samos, Griechenland, gesunken ist. Die Leichen der fünf Opfer – drei Männer und zwei Frauen aus Somalia – wurden nahe dem Galazio Gebiet der Insel gefunden. Schiffe der Küstenwache, ein Kriegsschiff, ein Hubschrauber und ein Handelsschiff suchten in der rauen See nach Überlebenden, konnten jedoch lediglich einen Mann bergen. Er erzählte den Beamten der Küstenwache, dass 26 Somalis, die versucht hatten, Griechenland von der Türkei aus zu erreichen, an Bord des Bootes gewesen waren. (Kathimerini, 20. Februar 2007)
- Mindestens 19 undokumentierte Migrant/inn/en werden im Sizilianischen Kanal zwischen Italien und Tunesien auf See vermisst, so ein Bericht von den 31 Überlebenden, die am 21. Februar gerettet worden waren. Das Schiff, das von Libyen aus in See gestochen war, hatte sich verirrt, ihm ging das Benzin aus und es geriet in einen Unwetter. <http://www.lemonde.fr/web/depeches/0,14-0,39-29882617@7-60,0.html> und <http://www.ilmanifesto.it/Quotidiano-archivio/24-Febraio-2007/art46.html>

2. Nachrichten aus den EU-Mitgliedstaaten, der Schweiz und den USA

UN

- Die argentinische Regierung ratifizierte die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer/innen und ihrer Familien am 23. Februar und wurde damit der 36. Teilnehmerstaat an der Konvention. Zum Status der Ratifizierung der Konvention: <http://www.ohchr.org/english/countries/ratification/13.htm>

Frankreich

- Am 6. Februar 2007 erklärte das Kassationsgericht (Cour de cassation) eine von der französischen Polizei angewandte Methode, undokumentierte Migrant/inn/en aufzugreifen, für illegal. Bei mehreren Gelegenheiten waren undokumentierte Migrant/inn/en unter dem Vorwand, dass ihre Dokumente nochmals geprüft werden würden, zur Polizei geladen worden. Stattdessen wurden sie verhaftet. Das Gericht entschied, dass kein Teil der Administration ungerechte Mittel anwenden dürfe, um undokumentierte Migrant/inn/en aufzugreifen. In der Woche zuvor hatte der Staatsrat (Conseil d'Etat) eine Anordnung des Innenministers außer Kraft gesetzt, welche die Polizei dazu autorisierte, Menschen direkt zu verhaften, wenn sie als undokumentierte Migrant/inn/en identifiziert werden, und sie bis zu ihrer Abschiebung festzuhalten. <http://fr.news.yahoo.com/20022007/5/la-cour-de-cassation-juge-illegale-l-arrestation-de-sans.html>
- Anschließend an die erneute Unterzeichnung eines französisch-rumänischen Abkommens über die Rückführung unbegleiteter Minderjähriger am 1. Februar brachte die Organisation Hors La Rue eine Pressemeldung heraus. Darin bringt sie ihre Bedenken über die Bedingungen, auf die die Minderjährigen stoßen, wenn sie nach Rumänien rückgeführt werden, und über die

Verschlechterungen in diesem neuen Dokument zum Ausdruck. Sie hinterfragt auch die Ziele der Regierung und kündigt die Veröffentlichung einer Studie an, die die Situation von 100 unbegleiteten Minderjährigen untersucht. <http://listes.rezo.net/archives/migreurop/2007-02/msg00038.html> und http://actualite.aol.fr/france/societe/une-convention-franco-roumaine-sur-le-rapatriement-des-mineurs-suscite-l-inquietude/189626/p-article_cat/article_scat/article_titre/article_id/article.html

Spanien

- Sechs Charterflugzeuge mit mindestens 451 undokumentierten Migrant/innen an Bord starteten am 21. Januar 2007 von der Kanarischen Insel Teneriffa Richtung Saint Louis im Norden Senegals. Die meisten der undokumentierten Migrant/inn/en waren Senegales/inn/en, während einige, die erklärten, nicht die senegalesische Staatsbürgerschaft zu haben, nach Dakar gebracht wurden, von wo aus sie die Botschaften ihrer Heimatländer zu kontaktieren hatten. Alexis Correa, ein Mitglied des nationalen Komitees für das Management der Repatriierten und Vertriebenen, informierte darüber, dass die sechs Flüge die letzten einer ganzen Serie waren, die auf die Rückführung von insgesamt fast 4500 Senegalesinnen und Senegalesen innerhalb eines guten Monats hinauslief. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, S.9)
- Während des Besuchs des malischen Präsidenten Amadou Toumani Touré in Spanien am 23. Januar 2007 unterzeichneten die Außenminister beider Länder ein „Abkommen zur Kontrolle von Migrationsbewegungen“ („Migratory Flux Control Agreement“) das darauf abzielt, legale Einwanderung zu erschließen und widerrechtliche Bewegungen zu bekämpfen, ein so genanntes Rückführungsabkommen der zweiten Generation (second generation readmission agreement), ähnlich jener, die zwischen Spanien und Gambia beziehungsweise Guinea Conakry unterzeichnet wurden. Die spanische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, die AECI, stellte mehr als 10 Millionen Euro bereit, um sie in Mali zu investieren, dem drittärmsten Land der Welt. Im Gegenzug wird Mali seine Grenzkontrollen verstärken, um widerrechtlichen Bewegungen vorzubeugen, und malische Staatsbürger/innen wieder aufnehmen, die bei dem Versuch, illegal in Spanien einzureisen, festgenommen worden sind. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, S.10)
- Am 19. Februar wurde ein nationaler Plan zur Integration von Immigrant/inn/en eingeführt. Spanien wird schrittweise 2 Milliarden Euro investieren, um Immigrant/inn/en zu helfen, sich als „ein Teil von Spanien“ zu fühlen. Der Plan, der bis 2010 laufen wird, ist in 12 Teile unterteilt: Aufnahme, Bildung, Arbeit, Wohnungen, soziale Dienste, Gesundheit, Säuglingsalter und Kindheit, Frauen, Gleichstellung, Partizipation, Bewusstseinssteigerung und Ko-Entwicklung. Siehe: http://www.expatica.com/actual/article.asp?subchannel_id=82&story_id=36687
- Die Spanier/innen sind die positivsten Europäer/innen in Bezug auf Einwanderung. Einer Rundfrage der Financial Times zufolge sagen 42%, dass Migrant/inn/en von innerhalb der EU einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft hätten, während nur 19% in Großbritannien und Frankreich dem zustimmen würden. Über 4 Millionen Migrant/inn/en sind im letzten Jahrzehnt nach Spanien gekommen, und der Anteil an Kindern aus gemischten Ehen ist von 1,8% im Jahr 1995 auf 11,5% im Jahr 2005 angestiegen. Dennoch glauben 59% der Spanier/innen, dass es zu viele Ausländer/innen im Land gäbe. (Quelle: Financial Times, 19. Februar 2007)
- Es soll ein Markenzeichen eingeführt werden, um Produkte von Firmen zu identifizieren, die eine gute Praxis bei der Beschäftigung von Gastarbeitern haben. Das *Contrata* Projekt wird Firmen in Huelva, Murcia, Burgos und auf den Kanarischen Inseln auswerten, die landwirtschaftliche Produkte herstellen. Das Markenzeichen soll an Firmen vergeben werden, die nach dem Gesetz handeln und ein gutes Beispiel für andere geben. <http://www.migrar.org/noticias/noticia/?id=578>

- Die Anzahl der Asylanträge auf den Kanarischen Inseln hat schon während der ersten Monate 2007 fast die Gesamtanzahl von 2006 erreicht. Seit Januar sind ungefähr 150 Anträge eingereicht worden, während es 2006 ganze 200 waren. Das liegt an der Ankunft von mehreren Schiffen (einschließlich der Marine I) mit Migrant/inn/en auf der Flucht vor den Kriegen in Kaschmir, Afghanistan, Sri Lanka und Myanmar, sowie aus Sierra Leone, der Elfenbeinküste und Liberia. Nach Angaben des UN Flüchtlingskommissariats und des spanischen Innenministeriums haben nur 200 der 32,000 angekommenen Migrant/inn/en einen Asylantrag gestellt.
<http://www.apdha.org/comunicados/2007/220207marine.asp>. Weitere Informationen siehe http://www.cadenaser.com/articulo/espana/inmigrantes/Marine/I/desembarcaran/Mauritania/Espana/encargara/repatriaciones/csrgsrpor/20070210csrgsrnac_5/Tes/

Italien

- Der Abschlussbericht der von Innenminister Giuliano Amato einberufenen Kommission, die die Zustände in Italiens Abschiebezentren prüfte (*siehe PICUM Newsletter von Februar 2007*), wurde am 20. Februar veröffentlicht. Der ungekürzte Text des Berichts ist auf <http://www.asgi.it/content/documents/dl07020101.relazionecpt2007.pdf> verfügbar (nur auf Italienisch).

Griechenland

- Hunderte von Demonstrant/inn/en sind am 10. Februar durch das Zentrum von Athen marschiert, um gleiche Rechte und die Staatsbürgerschaft für in Griechenland geborene Kinder von Immigrant/inn/en zu fordern. Immigrant/inn/en Gruppen stellten fest, dass die derzeitigen Gesetze es Immigrant/inn/en sehr erschweren, legal im Land zu leben und zu arbeiten. Mit Transparenten mit Aufschriften wie ‚Nein zum Rassismus!‘ und ‚Ich bin hier geboren‘ haben über 600 Immigrant/inn/en dazu aufgerufen, der Rassendiskriminierung – wie sie es bezeichneten – ein Ende zu setzen und die Staatsbürgerschaft für ihre in Griechenland geborenen Kinder verlangt. Siehe: <http://www.ekathimerini.com/4dcqi/news/content.asp?aid=80006>
- In einer Reihe von Empfehlungen an das Innenministerium bezüglich des Entwurfes eines Einwanderungsgesetzes hat der griechische Bürgerbeauftragte zu einem Ende von Abschiebungen von ausländischen Minderjährigen und der Annahme von Maßnahmen zu ihrem effektiven Schutz aufgerufen. Quelle: UNHCR Griechenland: Press Review, 3 - 13 Februar 2007 (*Vima, Avgi, Eleftheros Typos, 8 Februar*)

Großbritannien

- Am 22 Januar 2007, weniger als drei Wochen nachdem er von der konservativen Opposition dazu aufgefordert worden war (*siehe PICUM Newsletter Februar 2007*), hat Premierminister Tony Blair endlich angekündigt, dass Großbritannien die Konvention des Europarates gegen Menschenhandel ratifizieren werde. Die Regierung der Labour Party hat lange gezögert, dieses Instrument zu ratifizieren, das zum ersten Mal am 16. May 2005 in Warschau unterschrieben wurde. Ihr Argument war, dass Menschen, die illegal nach Großbritannien einreisen wollen, es mißbrauchen könnten. 30 Mitgliedsstaaten des Europarates haben die Konvention bereits unterschrieben. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, S.10)
- In Reaktion auf vier Präzedenzfälle von minderjährigen Asylbewerbern, die eine Entschädigung dafür verlangten, dass sie wochenlang zusammen mit Erwachsenen in Haft gewesen waren, hat Innenminister John Reid am 25. Januar eine Erklärung abgegeben. Darin gibt er zu, dass die bisherige Politik Kinder einzusperren, wenn ein Verdacht bestand, dass sie volljährig seien, " außer

in Ausnahmefällen nicht ausgewogen war, zwischen den Interessen einer strengen und fairen Einwanderungskontrolle auf der einen Seite und der Vermeidung der Festnahme von Kindern ohne die Begleitung von Erwachsenen auf der anderen". Das Innenministerium wird womöglich riesige Summen als Entschädigung für betroffene Kinder zahlen müssen, von denen einige behaupten psychischen Schaden erlitten zu haben, nachdem sie unter unangemessenen Bedingungen in denselben Zellen festgehalten worden waren wie Erwachsene. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, p.16)

- Der britische Immigrationsminister Liam Byrne hat am 26. Januar angekündigt, dass in Großbritannien lebende Angehörige von Drittstaaten dazu verpflichtet sein werden, neue Identitätspapiere mit Fingerabdrücken und photographischen Daten mit sich zu tragen (*siehe PICUM Newsletter Dezember 2006*). Diese neuen Dokumente werden von 2008 an ausgestellt, und diejenigen, die sie nicht beantragen, müssen mit Strafen von bis zu 1000 £ rechnen oder können ihr Bleiberecht verlieren. "Dieses Jahr werde ich die Strafen für Unternehmen erhöhen, die die Regeln brechen und Menschen illegal anstellen", kündigte der Minister zusätzlich an. Die neuen Dokumente werden eine „einfache Methode“ für Arbeitgeber darstellen um herauszufinden, ob ein/e Bewerber/in eine Arbeitserlaubnis und korrekte Papiere hat. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, p.7)
- Das UN Flüchtlingskommissariat und Menschenrechtsgruppierungen, einschließlich des Refugee Councils, haben am 4. Februar das Innenministerium für Pläne kritisiert, Asylbewerber mit einem Charterflug gewaltsam nach Erbil im Nordirak abzuschieben.
<http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,,2005693,00.html>
- Die britische Tageszeitung *The Independent* hat am 5. Februar 2007 einen Artikel veröffentlicht, der die Asylpolitik Großbritanniens kritisiert, indem er den Fall von Abdullah Tokhi, 35, beschreibt, einem afghanischen Asylbewerber, der geltend gemacht hatte, dass sein Leben in Gefahr wäre, wenn er kein Asyl erhalten würde. Mr. Tokhi ist knapp ein Jahr nach seiner Deportation nach Afghanistan im Herbst 2005 während einer öffentlichen Hinrichtung erschossen worden.
<http://news.independent.co.uk/uk/politics/article2237648.ece>
- Das House of Lords hat am 6. Februar dafür gestimmt, die *Corporate Manslaughter Bill* zu ändern und die Ausnahmeregelung zu streichen, die bedeutet hätte, dass keine Untersuchung stattgefunden hätte, wenn grobe Nachlässigkeit einer Institution zum Tod eines/einer Gefängnisinsassen/in führt. Die Ausnahmeregelung, die die Regierung wollte, wäre nicht nur für Gefängnisse gültig gewesen, sondern auch für Immigrationszentren. Die Organisation für Bürger- und Menschenrechte *Liberty* ruft Abgeordnete der Labour Party dazu auf, den Änderungsvorschlag zu unterstützen, wenn der Gesetzesvorschlag zurück ans Parlament geht, und Druck auf die Regierung auszuüben, damit sie ihre Position ändert. Die Liberaldemokraten und Konservativen haben schon ihre Unterstützung für Libertys Position gegen den Gesetzesvorschlag ausgesprochen. <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2007/02/06/ndeath106.xml> und <http://www.liberty-human-rights.org.uk/pdfs/policy07/deaths-in-custody-joint-briefing.pdf>
- Kalayaan, die britische Organisation, die hausangestellte Migrant/inn/en unterstützt, hat eine Kampagne gegen die vom Innenministerium vorgeschlagenen Veränderungen der Einwanderungsgesetze und –praxis für hausangestellte Migrant/inn/en ins Leben gerufen. In ihrer Kampagne warnt Kalayaan vor den Plänen der britischen Regierung, die Visa der Hausangestellten dramatisch zu ändern, im Zusammenhang mit den neuen Vorschlägen zur Einwanderungspolitik. "Das wird schreckliche Auswirkungen auf alle Hausangestellten im Vereinigten Königreich und auf die zukünftig eintreffenden haben. Mit Annahme der Vorschläge werden den Angestellten alle Rechte entzogen, sie werden ein leichtes Ziel für Mißbrauch und Ausbeutung, und Menschenhandel

wird effektiv legalisiert," sagt Kalayaan.

<http://www.kalayaan.org.uk/documents/Campaign%20statement%20FINAL.pdf>

Belgien

- Regularisierung in Belgien:
 - Das Auswärtige Amt hat im Dezember 2006 die Kriterien, die für die Behandlung von Regularisierungsanträgen aufgrund von Artikel 9, § 3 gelten, veröffentlicht. Die Kriterien sind nicht neu, aber sie wurden jetzt offiziell bestätigt. In den Kriterien für eine Regularisierung sind drei Arten von humanitären Situationen enthalten: 1) Unangemessen lange Verfahren (Asylantrag oder Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens); 2) medizinische Notfälle; 3) Akute humanitäre Situationen. Für detailliertere Informationen: www.dofi.fgov.be. (Quelle: Foyer Newsletter 19/02/07)
 - Der zuständige Minister äußerte, dass eine allgemeine Regularisierungskampagne wie die von 1999 in Belgien jetzt nicht wiederholt wird, berichtet die Organisation "de8" in ihrem Newsletter. Die einzige Möglichkeit zur Regularisierung besteht auf Basis von Einzelanträgen. Juristische Kriterien wurden nicht festgelegt, allerdings ist das laut Politikern nicht nötig: die Kriterien sind deutlich und stehen auf der Webseite des Auswärtigen Amtes (www.dofi.fgov.be). Anwälte, Sozialarbeiter und undokumentierte Migrant/inn/en sind von diesen Kriterien verwirrt: sie passen nicht in die Kriterien, die auf der Webseite stehen. (Quelle: www.de8.be, Newsletter 02/03/07)
 - CRER ("Koordination für die Regularisierung" - Coordination pour la Régularisation), die koordinierende Gruppe für die Regularisierung aller undokumentierten Migrant/inn/en in Belgien, gab im Februar 2007 einen politischen Plan heraus, in dem sie zum aktiven Eingriff der Menschen, die für die Regularisierung von undokumentierten Migrant/inn/en kämpfen, in die Wahlkampagnen aufriefen. Sie sehen die derzeitige Situation ähnlich der von 1999, als der Druck von unten nach der Wahl einer liberal geführten Regierung zur Regularisierung von Migrant/inn/en ohne legalen Status ("sans-papiers") führte. <http://regularisation.canalblog.com/>
- Als Ergebnis der strengen Verurteilung Belgiens durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Haft und Abschiebung der unbegleiteten 5jährigen Tabitha Mitunga (*siehe PICUM Newsletter Dezember 2006*), haben drei NGOs (DCI, Ligue des Droits de l'Homme und CIRE) eine Beschwerde gegen "unbekannt" eingereicht (der Untersuchungsrichter muss demzufolge festlegen, wer die Beteiligten sind). Trotz Verurteilung seitens des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hat sich nichts verändert und es ist immer noch möglich, Minderjährige vor der Abschiebung in Abschiebehaft festzuhalten. Die Organisationen führen gegen willkürlichen Freiheitsentzug, unmenschliche und entehrende Behandlung, Komplizenschaft von Beamten und Vergehen gegen die Schulpflicht Beschwerde. Außerdem wurde ein Verfahren begonnen, um die sofortige Freilassung der Kinder zu fordern. (Quelle: Foyer Newsletter 02/01/2007)
- Die Anzahl der Asylanträge hat 2006 stark abgenommen, von 15.957 Anträgen 2005 auf 11.587 im letzten Jahr. Damit steht Belgien auf dem gleichen Stand wie 1995. (Quelle: Foyer Newsletter 19/02/07)

Niederlande

- Die Arbeitsinspektion hat im Jahr 2006 doppelt so viele Bußgelder für illegale Arbeit als 2005 ausgestellt. Am 24. Januar 2007 berichtete das Inspektionsamt des Sozialministeriums, dass es Arbeitgebern 3.197 Bußgeldbescheide für die Beschäftigung von Ausländer/inne/n ohne Erlaubnis ausgestellt hat, im Vergleich zu 2.130 Fällen 2005. Die Zunahme ist eine logische Folge der vermehrten Kontrollen auf illegale Beschäftigung durch die Inspektion im letzten Jahr (10.500 im Gegensatz zu 8.600 2005). (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, S.8)
- Die neue Regierung bestehend aus Christdemokraten (CDA), Sozialdemokraten (PvdA) und Christlicher Union (CU) gab eine "allgemeine" Begnadigung für Asylantragsteller/inne/n, die unter die alten Asylgesetze fallen, bekannt (*siehe vorige PICUM Newsletters*). In ihrer Koalitionsvereinbarung "Zusammen arbeiten, zusammen leben" (Samen werken, samen leven) werden Kriterien für eine Begnadigung aufgestellt. Genaue Angaben zur Amnestie werden "so schnell wie möglich" festgelegt. Für weitere Informationen zur Begnadigung siehe: www.pardonnu.nl. Die neue Koalition ruft außerdem zu mehr EU-Kooperation zu Asyl- und Einwanderungspolitik, einem fairen und humanen Asylverfahren und effektiver Anwendung des Asylgesetzes 2000 einschließlich Rückkehr auf. Vollständiger Text der Koalitionsvereinbarung: <http://www.minaz.nl/regeringsbeleid/regeerakkoord/index.html>
- Der Beratungsausschuss für Ausländer/innenangelegenheiten (Adviescommissie voor Vreemdelingenzaken - ACVZ) berät über ein Asylverfahren. In seinem Bericht "Sicher und schnell" (Secuur en snel) rät der ACVZ dazu, die aktuellen AC- und OC-Verfahren durch ein einheitliches und zeitlich begrenztes Asylverfahren mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu ersetzen. Ein 'eisernes' Regime an Kontroll- und Lenkmechanismen muss lange Entscheidungszeiten ausschließen. www.acvz.com
- Stichting LOS (Stiftung LOS) hat jetzt ihre Publikation "Basisrechten voor Ongedocumenteerden" ins Englische (Basic Rights for Undocumented Migrants) und Französische (Droits de Base pour les Sans-Papiers) übersetzt. Ein Exemplar kostet € 7,50 und kann unter www.stichtinglos.nl bestellt werden.

Deutschland

- Die Bundesarbeitsgruppe "Asyl in der Kirche" kündigte am 3. Januar an, dass sie – trotz der Entscheidung der Innenministerkonferenz (IMK) vom November 2006 "geduldeten" Asylsuchenden, die seit einigen Jahren in Deutschland leben und bestimmte Bedingungen erfüllen, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen – trotzdem keine Abnahme der Anzahl abgelehnter Asylbewerber erwartet, die in der Kirche Schutz suchen, um eine Abschiebung zu vermeiden. Laut Angaben dieser Vereinigung suchten 2006 rund 100 Leute Kirchenasyl. Nach einem Beschwerdeverfahren vor dem Verwaltungsgericht bekamen ca. 70 % die Erlaubnis, in Deutschland zu bleiben. Obwohl sie dazu nicht verpflichtet sind, respektieren die Behörden im Allgemeinen den Schutz, den die Kirchen abgelehnten Asylbewerbern bieten. (Quelle: Migration Policy Group, Migration News Sheet, Februar 2007, S.15). "Asyl in der Kirche" hat eine Broschüre zum Thema Seelsorge im Kirchenasyl herausgegeben. Diese zielt auf eine Professionalisierung des Kontakts zu traumatisierten Menschen ab und will Kirchengemeinden dabei behilflich sein, Flüchtlingen im Kirchenasyl zu helfen. http://www.kirchenasyl.de/2_aktuelles/2_1_termine/downloads/Seelsorge.pdf

- Die Antirassistische Initiative e.V. veröffentlichte die 14. aktualisierte Fassung der Dokumentation Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2006). Die Dokumentation kann in gedruckter Version unter <http://ari-berlin.org/doku/bestell.htm> bestellt werden. Desweiteren wird sie in Kürze von der Homepage der Antirassistischen Initiative e.V. (<http://www.ari-berlin.org/>) als pdf-Datei herunterzuladen sein

Slowakische Republik

- Im Vorfeld ihrer wahrscheinlichen Aufnahme in den Schengenraum 2008 hat die Slowakische Republik ihre Bemühungen verstärkt, ihre Grenze zur Ukraine zu überwachen. Die slowakischen Behörden planen ein elektronisches Überwachungssystem für 29 Millionen Euro, das Kameras, Wärme- und Bewegungsdetektoren beinhaltet. Von der EU erhält die Slowakische Republik insgesamt 52 Millionen Euro aus Schengen-Geldern. Gleichzeitig werden an der ukrainischen Grenze um die 600 undokumentierte Migrant/inn/en und Asylsuchende (aus Afghanistan, Sri Lanka, China, dem Irak, Nepal und aus anderen Ländern) im Gefängnis von Pavchenko in der Ukraine festgehalten, bis über ihr Schicksal entschieden wird. Laut einer Fernsehdokumentation von France 2 sind die Bedingungen in diesem Gefängnis schlecht, bis zu 50 Personen schlafen in einem Raum, Nahrung ist knapp und auch im Winter gibt es nur außerhalb des Gebäudes Duschen. Der französische Fernsehsender dokumentierte den Fall eines Mannes aus dem Irak, der vor der konfessionellen Gewalt in seiner Heimat floh und der nicht darüber aufgeklärt wurde, dass er das Recht hat, Asyl zu fordern. (Quelle: ECRE newsletter, February 2007 <http://www.ecre.org/files/ECRAN%20Weekly%20Update%209th%20Feb.pdf>)

Malta

- Auf einer Konferenz zu Integration Drittstaatsangehöriger am 6. Februar wurde die Bedeutung von Bildung und Dialog herausgestellt. Das Treffen wurde von SOS Malta als Teil des EUNET Integration Network-Projekts veranstaltet, das von der Europäischen Kommission mit Geldern von INTI (Finanzierungsprogramm der Europäischen Union für vorbereitende Maßnahmen zur Förderung der Integration Drittstaatsangehöriger in den Mitgliedstaaten) kofinanziert wird. Die stellvertretende Direktorin des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Malta, Dr Katrine Camilleri, wies darauf hin, dass die Zeitspanne, die Asylsuchende in Haft verbringen, ein wesentliches Hindernis für ihre Integration darstellt. <http://www.jesref.org/news/index.php?lang=fr&sid=1709>

Schweiz

- Das Genfer Kollektiv der Arbeitnehmer/innen ohne legalen Status (Collectif des travailleurs/euses sans statut légal – Genève – CTSSL) hat seinen Jahresbericht 2006 mit dem Titel "Le peuple suisse regularise le travail précaire: un «Sans-papiers» doit rester sans papiers pour être rentable" ("Die Schweizer/innen legalisieren prekäre Arbeit: um weiterhin rentabel zu sein, müssen Menschen ohne Papiere undokumentiert bleiben") herausgebracht. Das CTSSL kämpft in der Schweiz und international für die Anerkennung der sozialen Grundrechte für undokumentierte Arbeitnehmer/innen. Seine Arbeit besteht darin, undokumentierte Arbeitnehmer/innen in Genf zu organisieren, zum einen, um ihren Status zu legalisieren, zum anderen aber auch, um ihnen konkrete Hilfe, Informationen und eine Orientierung im Alltag zu geben, wo immer diese gebraucht wird (sozial, juristisch, finanziell, usw.). <http://www.ctssl-geneve.org/home.htm>
- Die Organisation "edition 8" wird im März 2007 ein Buch mit dem Titel "Zukunft Schwarzarbeit? Jugendliche Sans-Papiers in der Schweiz" herausbringen. Das Buch über undokumentierte Jugendliche in der Schweiz wurde von Pierre-Alain Niklaus und Hans Schächli verfasst. Es basiert auf einer Reihe von Interviews mit undokumentierten Jugendlichen und beschäftigt sich mit deren Lebensbedingungen, untersucht, was sie über ihre Situation denken, wo sie ihre

Hauptschwierigkeiten sehen und welche Strategien sie entwickelt haben, um mit diesen Schwierigkeiten umzugehen. <http://www.edition8.ch/autoren/sanspapiers.html>

USA

- Laut Berichten humanitärer Organisationen sind tausende undokumentierter Migrant/inn/en an der Grenze zu Mexiko inhaftiert, weit weg von ihren Familien und ohne rechtlichen Beistand. „Es ist wie Guantanamo, mit dem Unterschied, dass die Migrant/inn/en keine Terrorist/inn/en sind“, sagt Brent Willes, Geschäftsführer der League of Latin American Joined Citizens (LULAC) mit Blick auf die 26.500 inhaftierten undokumentierten Migrant/inn/en. Die Abteilung für Innere Sicherheit hat im letzten Jahr unter Druck des Kongresses in dessen Kampf gegen irreguläre Migration die Kapazitäten der Haftanstalten erhöht. <http://www.lorient-lejour.com.lb/page.aspx?page=article&id=334524>
- Das Migration Policy Institute hat am 6. Februar 2007 die Schaffung eines neuen Nationalen Zentrums für Politik zur Integration von Einwander/inne/n (National Center on Immigrant Integration Policy) angekündigt. Dieses Zentrum wird Angestellte von US-Regierungsbehörden, Forscher/innen, führende Persönlichkeiten aus den Gemeinden, Dienstleister/innen, Medien und andere Interessierte zusammenbringen, die die Herausforderungen und Chancen, die die derzeitige hohe Einwanderungsrate in den Gemeinden der USA bietet, verstehen und mitgestalten wollen. <http://www.migrationinformation.org/integration/>

3. Entwicklungen in der Europapolitik

Allgemein

- Der EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel, und der Präsident der Afrikanischen Union, Oumar Konaré, haben einen Konsultationsprozess mit dem Fernziel der Verabschiedung einer gemeinsamen Strategie beim EU-afrikanischen Gipfeltreffen in Lissabon im nächsten Herbst begonnen. Im Laufe dieses Prozesses werden verschiedene Veranstaltungen in der EU und in Afrika durchgeführt, außerdem hat das Europäische Zentrum für Entwicklungspolitik (ECDPM) zur Begleitung des Prozesses eine Internetseite angelegt. Einer der entwicklungspolitischen Hauptgesprächspunkte ist Migration und ihre Bedeutung für die Beziehungen zwischen den beiden Kontinenten. Der Prozess soll insofern auch als Nachfolgeveranstaltung für die EU-afrikanischen Gespräche auf Minister/innenebene in Rabat und Tripolis im vergangenen Jahr dienen. Unterthemen, die angesprochen werden sollen, umfassen Migrationsursachen, zielgenauere Entwicklungspolitik, den Schutz von Migrant/inn/en in Europa, die alternde Bevölkerung Europas und „brain drain“. Im Laufe der Konsultationen sollen Vorschläge gesammelt werden, die dann der gemeinsamen EU-afrikanischen Troika, die sich am 15. Mai in Brüssel treffen soll, präsentiert werden. Der Entwurf einer gemeinsamen Strategie soll dann schließlich auf dem EU-afrikanischen Gipfeltreffen im Herbst vorgestellt und zur Annahme vorgeschlagen werden. Quellen: http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics und <http://europafrica.org/>
- Am 8. Februar vereinbarte die Europäische Kommission, gemeinsam mit Mali, Spanien und Frankreich an einem Pilotprojekt zu arbeiten, das helfen soll, die Einwanderung aus Mali zu kontrollieren und zu verwalten. Das Projekt ist integraler Bestandteil des europäischen Gesamtansatzes zur Migrationsfrage. Der Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Louis Michel, hält diese „begleitete Migration“ für eine Alternative zu den Sicherheitsmaßnahmen zur Bewältigung der steigenden irregulären Einwanderung aus Afrika. Die Initiative in Mali wird von der EU und ihren Mitgliedstaaten mitfinanziert. Hauptsächlich in den Bereichen Tourismus, öffentliche

Dienste und Landwirtschaft waren in der EU bisher der Arbeitsressourcen knapp. Der Plan sieht vor, dass Arbeiter/innen nach Beendigung der saisonalen Beschäftigung wieder nach Afrika zurückkehren, erklärte Frattini. Nach diesem Modell könnten Arbeiter/innen auch in weiteren Mitgliedsstaaten arbeiten, ohne erneut eine Aufenthaltserlaubnis von außerhalb der EU beantragen zu müssen. Bisher haben nur Spanien und Frankreich Arbeiter/innen aus Mali, die in Verbindung zum Pilotprojekt stehen, ein Kontingent an Jobs angeboten; die Teilnahme am Programm ist freiwillig. Dänemark, Italien und die Niederlande denken offensichtlich ebenfalls über eine Teilnahme nach. Die malischen Behörden werden Informationen über Einwanderung, insbesondere Arbeitsverhältnisse, -möglichkeiten und Ausbildung in Mali, benachbarten Staaten und der EU sammeln und verbreiten, ebenso wie Informationen zu den Gefahren der illegalen Einwanderung und Hilfsangeboten für Heimkehrende, um sich in der malischen Gesellschaft wieder zurecht zu finden. Weitere derartige Zentren sind im Senegal, in Gambia und Mauretanien geplant. Mali wurde unter anderen schwarzafrikanischen Ländern für den Bau des ersten Zentrums ausgewählt, weil es eine nationale Arbeitsagentur hat und über Erfahrungen mit bilateralen Vereinbarungen mit Ländern wie Frankreich verfügt. Quellen: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/6341487.stm> und Agence Europe (Mali, Europäische Kommission, Spanien und Frankreich, die dieses Pilotprojekt starten werden) und <http://www.lemonde.fr/web/depeches/0,14-0,39-29693879@7-60,0.html>

Europäische Kommission

- Franco Frattini, der EU Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, schlug vor, dass der Europäische Rat seinen Verhandlungsauftrag einer Rückkehrvereinbarung mit Marokko ausbauen sollte. Vor dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments erklärte Franco Frattini am 25. Januar, dass der derzeitige Verhandlungsauftrag zu verhalten sei: um den Stillstand der Verhandlungen, der seit April 2003 anhält, zu beenden, „müssen wir Marokko ambitioniertere Angebote machen, wie zum Beispiel Visumserleichterungen für Studierende oder Forscher“, schlug er vor. Das Hauptproblem bestehe darin, dass „Marokko der Rücknahme von Drittstaatsangehörigen“, die Marokko auf dem Weg nach Europa durchqueren, „nicht zustimmt.“, sagte er. http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics
- Nach Angaben der Europäischen Kommission ist Migration, neben Energie und Klimawandel und der Lissabon-Agenda für Wachstum und Beschäftigung, einer der drei wichtigsten Punkte, die kürzlich an die Spitze der politischen Agenda der EU gerückt sind. In ihrer jährlichen Strategieplanung für 2008, die am 21. Februar veröffentlicht wurde, präsentierte die Kommission Vorschläge für Schlüsselinitiativen, die 2008 in den wichtigsten Aufgabenbereichen Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und Außenpolitik in Angriff genommen werden sollen. Die Kommission betont dabei die positiven Auswirkungen legaler Migration für die EU: „Gut organisiert und verwaltet, ist sie [legale Migration] ein positiver Beitrag für Europas Wohlstand und kulturelle Vielfalt.“ Die Kommission bestätigt, dass sie für nächstes Jahr plant, „neue Schritte in Richtung einer gemeinsamen Migrationspolitik und entsprechender Maßnahmen zu setzen, mit dem Ziel eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis 2010.“ Die EU müsse „illegaler Migration vorbeugen, Menschenhandel bekämpfen und die Außengrenzen schützen“, während ein kombiniertes Migrations- und Entwicklungsprogramm, insbesondere mit Afrika, das vierte Element des Ansatzes bildet. Die genauen Pläne der Kommission für 2007 umfassen zwei Gesetzesinitiativen zur Arbeitskräftewanderung (Konditionen für Saisonarbeiter und bezahlte Studierende, die ein Auslandspraktikum absolvieren, zur Einreise und zum Aufenthalt innerhalb eines Landes) und zum Start eines Aktionsprogramms für Migration und Entwicklung, insbesondere in Afrika. Im Bereich Grenz- und Migrationskontrolle plant die Kommission, das Kontrollnetzwerk für die Seegrenzen der EU zu straffen und ein Europäisches Überwachungssystem zu installieren, das Mitgliedsstaaten beim Umgang mit den zunehmenden Strömen irregulärer Einwanderer helfen soll. Die Kommission hofft, das Schengen Informationssystem (SIS II) der zweiten Generation auslaufen zu lassen und

stattdessen ein Visa Informationssystem (VIS) einführen zu können, das den Weg für eine gemeinsame Einreisepolitik ebnen soll. Die Kommission wird bald in einen Gedankenaustausch mit dem EU Parlament und dem Europäischen Rat treten, um zu klären, wo die politischen Prioritäten im Jahr 2008 gesetzt werden sollen und inwiefern dies in der Legislative der Kommission und ihrem Arbeitsprogramm, die beide im Oktober aufgenommen werden, und dem Haushalt für 2008 reflektiert werden soll. Quellen: http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics und <http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/215&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

- Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Frontex hat zwei neue gemeinschaftliche Seeoperationen gestartet. Nachdem Spanien gefordert hatte, die Operation Hera, die darauf abzielte, den Schutz der EU Seegrenzen zu verstärken, fortzusetzen, startete Hera III im Februar. Die Operation wird "mehrere Wochen" dauern, je nachdem wie die Bedürfnis- und Risikoanalyse für Spanien, die die Agentur Frontex durchführt, ausfällt. Die Operation besteht aus zwei parallelen Teilen, ähnlich wie bei den ersten beiden Hera-Operationen 2006. Teil 1, eine Fortsetzung von Hera I, wird von deutschen, italienischen, luxemburgischen und portugiesischen Experten auf den Kanarischen Inseln eingeführt, die den spanischen Kollegen bei der Identifizierung irregulärer Migrant/inn/en behilflich sind. Teil 2, das Äquivalent zu Hera II, besteht aus Grenzkontrollen aus der Luft und vom Meer aus entlang der Westküste Afrikas, ausgeführt von Spanien, Italien, Luxemburg und Frankreich gemeinsam mit senegalesischen Behörden. Eine weitere Gemeinschaftsoperation, Amazon II, wird an acht europäischen Flughäfen durchgeführt und zielt auf die Verhinderung irregulärer Migration auf dem Luftweg aus Südamerika. Zwischen dem 19. Februar und dem 9. März werden 29 Grenzkontrollexperten aus Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Großbritannien an den Flughäfen Frankfurt, Madrid, Barcelona, Lissabon, Paris, Amsterdam, Mailand und Rom eingesetzt. Diese Operation ist die Fortsetzung von Amazon I, die vom 1. bis zum 22. November 2006 an den gleichen Flughäfen durchgeführt wurde. Quellen: http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics und http://www.eu2007.de/en/News/Press_Releases/February/0222BMIFrontex.html und http://www.frontex.europa.eu/newsroom/news_releases/art13.html
- Die Europäische Kommission bereitet in den kommenden Wochen ein Maßnahmenpaket für ein mögliches starkes Ansteigen von Asylanträgen aus dem Irak vor. In einer Presseansprache nach einer Tagung des Rates für Justiz und Inneres am 15. Februar sagte der Vize-Präsident Franco Frattini, er habe es übernommen, einen genauen Vorschlag für die 27 Mitgliedstaaten vor der nächsten Tagung des Rates im April zu erarbeiten, um einem akuten Anstieg der Asylanträge von Iraker/innen zu begegnen. Quellen: http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics und <http://www.guardian.co.uk/Iraq/Story/0,,2014466,00.html>
- Franco Frattini, der EU-Kommissar für Freiheit, Sicherheit und Recht, teilte der französischen Tageszeitung Le Monde am 10. Februar mit, er habe soeben einen Brief der Libyschen Regierung erhalten, in dem diese sich bereit erklärt habe, zum ersten Mal eine Expert/inn/endelegation der EU zu empfangen, die die Bedingungen für eine verstärkte Überwachung der Südgrenzen Libyens untersuchen soll, die von vielen Migrant/inn/en überquert wird. Im Gegenzug würde Libyen die Gelegenheit gegeben, sich an der Mittelmeer-Kooperation zu beteiligen, fügte der Kommissar hinzu. Frattini kündigte darüber hinaus an, in naher Zukunft auf Malta ein Treffen der „5+ 5“-Gruppe einberufen zu wollen, bei dem die fünf europäischen Staaten an der nördlichen Mittelmeerküste (Portugal, Spanien, Frankreich, Malta und Italien) mit den fünf afrikanischen Staaten an der südlichen Mittelmeerküste (Tunesien, Marokko, Mauretanien, Libyen und Algerien) zusammentreffen. Griechenland, Zypern und Ägypten sollen ebenfalls an diesem Treffen beteiligt sein, so Frattini. <http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0@2-3214,36-865914,0.html?xtor=RSS-3214>

Europäisches Parlament

- Am 15. Februar rief das Europäische Parlament in einer Resolution die Staaten Europas und die Nachbarstaaten des Iraks dazu auf, Irakis, die aus ihrem Land fliehen, besser zu schützen. Unterstützt von allen politischen Gruppierungen stellt die Resolution klar, dass Verfolgung, eine hohe Kriminalitätsrate und Gewalt immer noch viele Irakis zur Flucht zwingen und drängt die Nachbarstaaten des Irak „ihrer rechtlichen Pflicht zur sofortigen Aufnahme von Flüchtlingen nachzukommen, was insbesondere für diejenigen gilt, die an ihren Grenzen gestrandet sind und besonders bedrohten Minderheiten angehören“. In der Resolution werden die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, rasch und fair die Ansprüche irakischer Asylbewerber/innen zu klären und „ihren Verpflichtungen nach dem Völker- und dem Gemeinschaftsrecht nachzukommen und denjenigen, denen Verfolgung oder schwerwiegender Schaden droht, Flüchtlingsstatus oder subsidiären Schutz zu gewähren“. Die Resolution wurde bei einer Enthaltung mit 74 Ja-Stimmen angenommen. Quellen: http://www.ecre.org/topics/intro_to_topics und <http://www.guardian.co.uk/world/latest/story/0,,6411338,00.html>, der Originaltext der Resolution findet sich hier: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0056+0+DOC+XML+V0//DE>
- In einer am 13. Februar verabschiedeten Resolution befürwortet das Europäische Parlament die kürzlich getroffene Vereinbarungen über die Wiederaufnahme undokumentierter Migrant/inn/en und die Erleichterung von Kurzzeit-Visa mit Russland zwar grundsätzlich, drückte zu verschiedenen Punkten aber auch seine Vorbehalte aus. Die dazu verfassten Berichte von Maria da Assunção Esteves (EPP, Portugal) dienen dem Rat im Zusammenhang mit den im letzten April in Moskau unterzeichneten Visa- und Einwanderungsvereinbarungen als Beratungsunterlagen. Im Hinblick auf die Wiederaufnahmevereinbarung, stellten sich Parlamentarier/innen die Frage, ob die Wahrung der Menschenrechte zentral sei oder ob hier nicht eher einer einfachen Lösung zur Rückführung undokumentierter Migrant/inn/en der Vorzug gegeben wurde, wobei Sicherheitsaspekte höher bewertet würden als humanitäre Aspekte. Die Parlamentarier/innen betonten, dass Wiederaufnahmevereinbarungen grundsätzlich eine menschliche und nicht eine technische Angelegenheit seien. In seiner Resolution ruft das Europäische Parlament den Rat dazu auf, bei Wiederaufnahmevereinbarungen die grundlegenden Prinzipien einzuhalten, die in dem Entwurf einer Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedsstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatenangehöriger festgelegt sind. Die Parlamentarier/innen äußerten zudem ihre Besorgnis darüber, dass die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr in der Vereinbarung nicht aufgenommen sei. Die Resolution fordert den Rat dringend dazu auf, die Rolle des Parlaments bei der Beschlussfassung über Wiederaufnahmevereinbarungen auszuweiten, denn es „ist nicht sinnvoll, dass das Parlament ausschließlich eine Beobachterrolle einnimmt. Tatsächlich wird das Parlament erst in einer Phase konsultiert, in der es nicht mehr möglich ist, etwas Wesentliches an einer Vereinbarung zu verändern, oder seine Fertigstellung zu verhindern.“ Generell sei ein demokratischerer Ansatz bei der Entscheidungsfindung über Migrationspolitik notwendig, meinen die EU-Parlamentarier/innen abschließend. Quellen: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?objRefId=136416&language=EN> und www.ecre.org.

Rat der Europäischen Union

- Im Hinblick auf die erwartete Zunahme der Migration nach Europa in diesem Frühjahr haben die europäischen Innen- und Justizminister am 15. Februar die Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, schnell die Bestimmung zur Gründung der Rapid Border Intervention Teams (RABITs – Schnelle Eingreiftruppen für die Grenzen) anzunehmen, sowie die Rolle von Frontex generell zu stärken. Die vorgeschlagenen RABITs sollen sich aus Expert/inn/en aus denjenigen Mitgliedsstaaten

zusammensetzen, die besonders von irregulärer Migration betroffen sind. Die Bestimmung von Oktober 2004, durch die Frontex gegründet wurde, beinhaltet auch Bestimmungen über zentralisierte Aufzeichnungen über technische Einsatzmittel, die die Mitgliedsstaaten zur vorübergehenden Verwendung an den EU-Außengrenzen bereitstellen wollen. EU-Kommissar Frattini und der deutsche Innenminister Schäuble haben die Mitgliedsstaaten in den letzten Monaten gedrängt, genügend Ressourcen für die „Toolbox“ (Werkzeugkasten) von Frontex zur Verfügung zu stellen. Das Treffen des Rats war nur ein Teilerfolg, weil nur 19 der 29 Staaten – einschließlich der nicht-EU Schengenstaaten – dieser Anfrage folge geleistet haben. Acht Starrflügel-Überwachungsflugzeuge, 13 Hubschrauber und 48 Patrouillenschiffe wurden versprochen, ebenso wie Wärmebildkameras und Radargeräte. Dies entspricht in etwa der Hälfte der Ausrüstung, die Frontex braucht, um dem erwarteten Anstieg der Ankunft irregulärer Migrant/inn/en zu begegnen, sagte der Sprecher von Franco Frattini, Friso Roscam Abbing, Journalisten gegenüber. Italien, Spanien, Finnland und Deutschland werden als großzügigste Geberländer angeführt. Quellen:

http://www.eu2007.de/de/News/Press_Releases/February/0215BMIFrontex.html? und
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/92800.pdf

Ausschuss der Regionen

- Der Ausschuss der Regionen, diejenige „politische Versammlung, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im institutionellen Gefüge der Europäischen Union vertritt“, plant, mehr als bisher eine eigene Rolle in der EU-Einwanderungspolitik zu spielen, so sein Präsident Michel Debarre. Zuvor hatte der Ausschuss einen Bericht seines spanischen Mitglieds Laura de Esteban Martin angenommen, der zu einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik aufruft, und spezifische finanzielle Instrumente fordert, mit denen Regionen mit hohen Einwanderungsraten geholfen werden soll. Der Bericht stellt die Antwort des Ausschusses auf die legislativen Vorschläge der Kommission dar (Strategischer Plan der Kommission zur legalen Zuwanderung, politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen und Grünbuch über die Zukunft des europäischen Migrationsnetzes). Der Ausschuss plant im Laufe dieses Jahres ein Gipfeltreffen der Regionen auf den Kanarischen Inseln, das sich mit der „Rolle der Regionen beim Management von Migrationsbewegungen“ befassen soll. Quelle: Agence Europe, 15. Februar 2007, http://www.cor.europa.eu/en/press/press_07_02022.html und <http://www.cor.europa.eu/de/presentation/role.htm>

4. Veranstaltungskalender

- "Strangers into Citizens" („Fremde zu Bürger/inne/n“), eine Kampagne für die Legalisierung des Status von Migrant/inn/en, die seit über vier Jahren in Großbritannien sind und sich dort ein neues Leben aufgebaut haben, wurde am 16. November, mit der Unterstützung des Kardinal Erzbischofs von Westminster, des Bischofs von Chelmsford und des Bürgermeisters von London, offiziell lanciert (vgl. PICUM Newsletter von Dezember 2006). Damals lehnte die britische Regierung die Vorstellung einer solchen Legalisierung rundweg ab, doch die Organisator/inn/en der Kampagne sind weiterhin davon überzeugt, dass sie durch kraftvolle öffentlichkeitswirksame Aktivitäten langsam eine breite öffentliche Unterstützung für ihr Vorhaben erreichen können. In den kommenden Monaten sind zwei Großereignisse geplant:
 - Am 20. März 2007 soll eine große Versammlung in Birmingham der Breite der Unterstützung für „Strangers into Citizens“ aus vielen verschiedenen Sektoren (Unternehmen, Gesundheitsbereich, Gewerkschaften, Schulen, usw) Ausdruck verleihen.

- Am 7. Mai (einem Feiertag) sollen in London und in weiteren Städten Demonstrationen stattfinden, um die öffentliche Unterstützung für eine Legalisierung zu zeigen.

Für Hintergrundinformationen zur Kampagne, siehe:

<http://www.ncadc.org.uk/archives/typed%20newszines/newszine77/strangers.html>

- Eine internationale Konferenz "New migration dynamics: Regular and irregular activities on the European market" (Neue Wanderungsdynamik: Reguläre und irreguläre Aktivitäten auf dem Europäischen Arbeitsmarkt) findet vom 6. – 8. Dezember 2007 an der Universität Nizza Sophia Antipolis, Frankreich, statt. Es wird zum Einreichen von Papieren für diese Konferenz aufgerufen, Frist für das Einreichen von Konzepten ist der 1. Mai 2007. <http://www.unice.fr/migractivities/index-EN.html>
- "European Conference on the respect of the rights of foreign minors in Europe and against their detention and forced removal" (Europäische Konferenz über die Respektierung der Rechte ausländischer Minderjähriger und gegen ihre Inhaftierung und Abschiebung) findet am 14. März 2007 in Straßburg statt. Die Organisatoren, CIMADE und THEMIS möchten die Vorstände europäischer Vereinigungen und Politiker/innen (von der Europäischen Union, dem Europarat und nationalen Parlamenten) zusammenbringen und dazu beitragen, dass ein Text verabschiedet wird, der die in den verschiedenen internationalen Verträgen von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem Europarat akzeptierten Grundrechte einfordert. Es handelt sich z.B. um die Internationale Konvention über die Rechte des Kindes und die Europäische Menschenrechtskonvention.
<http://ddata.over-blog.com/xxxyyy/0/15/95/26/invitation-conf-euro-14-mars-eng.doc> (Englisch)
<http://ddata.over-blog.com/xxxyyy/0/15/95/26/copie-1-programme.doc> (Französisch)
- Das französische Netzwerk TERRA veranstaltete am 6. März 2007 in Paris eine Tagung unter dem Titel "Afrique-Europe, circulations et repressions" (Afrika-Europa, Kreisläufe und Unterdrückung). Sie stützt sich auf drei Bücher, auf die in früheren PICUM Newsletters genannt wurden: O. Jobard, F. Saugues, KINGSLEY – Carnet de route d'un immigrant clandestine (s. PICUM Newsletter Dezember 2006); J. Lépine, Une marche en liberté – Emigration subsaharienne; und Migreurop, Guerre aux migrants. Le livre noir de Ceuta & Melilla (s. PICUM Newsletter November 2006).
<http://terra.rezo.net>

5. Veröffentlichungen

- "L'Inhumanité du traitement des enfants en zone d'attente" (Die Unmenschlichkeit der Behandlung von Kindern in der Warteschleife), von Jean-Francois Martini in Journal du Droit des Jeunes, la revue d'action juridique et sociale, Nr. 262 (Zeitschrift für die Rechte des Kindes - Februar 2007) S. 19-22. Nach dem jüngst gefällten Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, das Belgien für Inhaftierung und Abschiebung der vierjährigen Tabitha verurteilt (s. Abschnitt Belgien in PIUM Newsletter Dezember 2006) vergleicht der Autor die belgische mit der französischen Situation unter dem Gesichtspunkt der Regelungen der Europäischen Menschenrechtskonvention.
<http://www.anafe.org/download/mineurs/Pages%2019%20%E0%2024%20de%20RAJS262.pdf>
- "Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität. Reformvorschläge und Folgenabwägungen aus sozialetischer Perspektive" von Andreas Fischer, LIT Publishers, Münster. Der Autor macht zunächst eine interdisziplinäre, diskursive Analyse des entsprechenden empirischen und rechtlichen Kenntnisstandes. Auf der Grundlage dieser Analyse entwickelt er besondere Pflichten aufgrund seiner biblischen, systematisch-theologischen und sozialetischen Überlegungen, die er

dann etablierten sekularen Rechtstheorien gegenüberstellt. <http://www.lit-verlag.de/isbn/3-8258-0122-9>

- "Germany's regularisation of November 2006: Committed to an EU immigration policy?" (Deutsche Bleiberechtsregelung vom November 2006: Einer Europäischen Einwanderungspolitik verpflichtet?) von Florian Geyer, 9. Februar 2007, Centre for European policy studies. Am 16./17. November 2006 haben die sechzehn Länder-Innenminister eine Bleiberechtsregelung für in Deutschland geduldete Ausländer/innen beschlossen. In diesem Kommentar bewertet der Researcher von CEPS, Florian Geyer, diese Regelung sowohl bezüglich ihrer Wirkung auf in Deutschland lebende Ausländer/innen als auch in ihrem Bezug auf die Europäische Einwanderungspolitik. http://shop.ceps.be/BookDetail.php?item_id=1461
- "Illegal Resident Third Country Nationals in EU Member States: State approaches towards them, their profile and social situation" (Drittstaatsangehörige im illegalen Aufenthalt in den EU-Mitgliedsstaaten: Staatlicher Zugang zu ihnen, ihr Profil und ihre soziale Lage) von European Migration Network. Dieser Synthese-Bericht hat zum Ziel, in einer europäischen Perspektive die Feststellungen von neun nationalen Kontaktpunkten (Österreich, Belgien, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Schweden, Niederlande und Grossbritannien) zusammen zu fassen und zu vergleichen. Der Synthese-Bericht und die Länder-Studienberichte, auf die er sich stützt, sind verfügbar auf der Website von EMN <http://www.european-migration-network.org>
- "Paroles d'exil – récits et témoignages de migrants entre l'Afrique et l'Europe" ein Sammelband von mehr als 550 Seiten, wird am 8. März 2007 bei Editions Biliki/Le Chant des Rues veröffentlicht. Das Buch umfasst rund 200 Aussagen und Berichte über das Leben von subsaharischen, marokkanischen und algerischen Migrant/inn/en. In Marokko, Senegal, Kamerun, Mali und Belgien haben sich Kollektive getroffen und diese Zeugnisse zusammengestellt. Sie sind in der ersten Person abgefasst, um alle Facetten des gegenwärtigen Dramas aufzuzeigen, das die Migration zwischen Afrika und Europa darstellt, aber auch den Mut, die Hoffnungen, die Kämpfe dieser Frauen und Männer, deren "Verbrechen" ihre Armut und ihre Herkunft sind. <http://www.biliki.com/>
- "Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas" von TRANSIT MIGRATION. Dieses Forscherteam hat die Wanderungsbewegungen in Südost-Europa untersucht und stellt Thesen auf über eine Region, die für Einreise, Ausreise, Rückwanderung und Durchreise von Migrant/inn/en immer zentraler geworden ist. <http://www.transitmigration.org/buch/buch.html>

6. PICUM Nachrichten

- PICUM und MRI (Migrants Rights International) werden am 30. März 2007 von 12 bis 18 Uhr in Brüssel einen Workshop mit dem Titel "**Undocumented Migrants Have Rights! Workshop on Protection and Gaps Under the International Human Rights Framework**" (Undokumentierte Migrant/inn/en haben Rechte! Workshop über den Schutz und seine Lücken im Rahmen der internationalen Menschenrechte) abhalten. Das Ziel des Workshops ist die Bereitstellung der Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch darüber, wie der Rahmen der internationalen Menschenrechte durch den Kontext vor Ort in Frage gestellt wird, wo die Menschenrechte von undokumentierten Migrant/inn/en systematisch verletzt werden. Programm und Registrierungsformular erhalten Sie auf www.picum.org
- PICUM hat seinen Kommentar zur **Mitteilung der Kommission über „politische Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Drittstaatsangehörigen“ COM (2006) 402**

final veröffentlicht. In dem Kommentar wird herausgestellt, dass die Gewährung des Zuganges zu medizinischer Versorgung ein Mittel gegen den sozialen Ausschluß von undokumentierten Migrant/inn/en ist. Im Bereich von fairen Arbeitsbedingungen behandelt der Kommentar: Arbeitgeber/innensanktionen und die Rolle des Arbeitsinspektorats; Schutz von undokumentierten Arbeitnehmer/inne/n im Arbeitsrecht, Theorie und Praxis; und das Sammeln von Informationen von Arbeitnehmer/inne/n in Zusammenarbeit mit NGOs. Diese Kommentare wurden mit Input von PICUM Mitgliedern, die im Bereich der Verteidigung der Arbeitsrechte von undokumentierten Arbeitnehmer/inne/n aktiv sind, finalisiert. Einige PICUM Mitglieder schlugen auch vor, innerhalb von PICUM eine Arbeitsgruppe zu fairen Arbeitsbedingungen für undokumentierte Arbeitnehmer/inne/n zu bilden, was bei der PICUM Generalversammlung am 30. und 31. März 2007 diskutiert wird.

- ***PICUM's Concerns About the Fundamental Rights of Undocumented Migrants in Europe in 2006.*** (*PICUMs Besorgnis über die fundamentalen Rechte von undokumentierten Migrant/inn/en in Europa 2006*). Dieser Bericht basiert auf Problemen, die in PICUM Rundbriefen 2006 behandelt wurden, einschließlich der steigenden Zahl von Todesfällen an den Grenzen der EU, der verschiedenen Hürden, denen sich undokumentierte Migrant/inn/en beim Zugang zu medizinischer Versorgung gegenübersehen, der Erosion des Rechtes auf faire Arbeitsbedingungen, und des mangelnden Schutzes für undokumentierte Kinder. Der Bericht zitiert Beispiele von Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Menschenrechtsstandards für undokumentierte Migrant/inn/en in Europa geführt haben, und zeigt einige der verschiedenen Initiativen von EU Mitgliedsländern und/oder EU Institutionen auf, die in diese Richtung zu deuten scheinen. Der Bericht kann als pdf-Datei auf www.picum.org heruntergeladen werden.

PICUM Mitarbeiter und Mitglieder haben kürzlich an folgenden Veranstaltungen teilgenommen und/oder dort gesprochen:

- **“Solidar Seminar on Migrant Workers,”** 13. Februar, Brüssel, organisiert von Solidar. PICUM Direktorin Michele LeVoy hielt ein Referat zur “Ausbeutung von undokumentierten Arbeitnehmer/inne/n in Europa”.
- **“The Right to Live with Dignity in Europe: AI Europe’s contribution to the Human Dignity Campaign,”** (Das Recht in Europa mit Würde zu leben: AI Europas Beitrag zur Kampagne Menschenwürde), 26. Februar, London, organisiert von Amnesty International. PICUM Direktorin Michele LeVoy hielt ein Referat über den “Zugang undokumentierter Migrant/inn/en zu medizinischer Versorgung und Verbindungen zwischen Armut, sozialem Ausschluss und Menschenrechten” bei diesem Treffen, bei dem der Beitrag von Amnesty International Europa zu der weltweiten Kampagne über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Kampagne Menschenwürde) diskutiert wurde.
- **“Realizing Integration: ENAR Policy seminar on migration, integration, social inclusion and anti-discrimination,”** (Integration verwirklichen: ENAR Policy-Seminar über Migration, Integration, soziale Inklusion und Antidiskriminierung), 1. und 2. März, Brüssel, organisiert durch das European Network Against Racism (ENAR). Leonida Beligon Ambrocio, Mitglied der philippinischen Migrant/inn/enorganisation Samahan (die ein angegliedertes Mitglied von PICUM ist) legte in einer Sektion mit dem Titel “Was ist die Realität für diejenigen, die direkt betroffen sind?” Zeugnis ab. Michele LeVoy, PICUM Direktorin, hielt in einem Workshop über den “Menschenrechtsansatz” ein Referat über “Förderung der sozialen Inklusion von undokumentierten Migrant/inn/en und Eintreten für den Respekt der Menschenrechte.”

- **„Committee on Migration, Refugees and Population, Parliamentary Assembly of the Council of Europe**, 1.—2. März, Brüssel. Michele LeVoy, PICUM Direktorin, hielt einen Vortrag über die „Situation irregulärer Migrant/inn/en“ in der EU, mit den Schwerpunkten : Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen der EU, Beispiele für den Mangel an klaren sozialen und ökonomischen Rechten für undokumentierte Migrant/inn/en in den Bereichen Wohnen, Bildung, medizinische Versorgung, faire Arbeitsbedingungen, und allgemeine Empfehlungen für die Politik, auch im Bereich der Regularisierung.

7. Verschiedenes

- Das zweite nationale Treffen für die Rechte von Einwanderern (2º Encuentro Estatal por los Derechos de los Inmigrantes) fand am 10. und 11. Februar in Malaga, Spanien, statt. Die verschiedenen NGOs, die am 1. nationalen Treffen teilgenommen hatten, und die Teil des nationalen Netzwerkes für die Rechte von Migrant/inn/en sind (Red Estatal por los Derechos de los Inmigrantes - REDI), trafen sich in Malaga, um die Situation von Einwanderern in Spanien zu diskutieren. Am Ende des Treffens wurde ein Manifest zu Migrant/inn/enrechten unterzeichnet und präsentiert. <http://deletetheborder.org/node/1948>
- “Bright sides & Dark sides of immigration – European perspectives” (Helle und dunkle Seiten der Einwanderung – europäische Perspektiven) war der Titel einer Veranstaltung, die von Den Sociale Højskole i København, Dänemark, gemeinsam mit dem Roskilde Universitetscenter, Dänemark, der Universität Oldenburg, Deutschland, und der Europäischen Kommission am 22. Februar 2007 in Frederiksborg, Dänemark, organisiert wurde. Ein Teil des Programms behandelte die Probleme der undeckelten Arbeit. http://www.dsh-k.dk/fileadmin/pdf/Konference/Konferende_feb_07_Marco/Bright_sides_and_dark_sides_of_immigration.doc
- Das Institute for the Study of International Migration (Institut zur Erforschung der internationalen Migration) an der Georgetown University und das Harvard University Committee on Human Rights Studies (Kommittee für Menschenrechtsstudien der Universität Harvard) präsentierten am 5. März 2007 in Brüssel ihre zweijährige Studie “Seeking Asylum Alone: Unaccompanied and Separated Children in Europe” (Alleine Asyl suchen: unbegleitete und getrennte Kinder in Europa). Das Forschungsprojekt schloss eine ausführliche Datensammlung, Statistiken, Interviews und Beobachtung von Asylverfahren ein. Das Ziel der Studie war es, die Situation von unbegleiteten und getrennten asylsuchenden Kindern in Großbritannien, den U.S.A. und Australien zu dokumentieren, und die Ergebnisse des Projekts weit zu verbreiten, um eine Diskussion über mögliche Verbesserungen im System der Asylverfahren für Kinder unter führenden Entscheidungsträger/innen zu stimulieren. <http://www.december18.net/web/calendar/view.php?callID=1507&menuID=49&lang=EN>
- Der Kurzfilm *Peut-on enfermer des enfants ? Je vous le demande, peut-on enfermer des enfants? (Können wir Kinder einsperren? Ich frage Sie, können wir Kinder einsperren?)* gewann beim Caen Mémorial Festival 2007 den ersten Preis. Der Film erzählt die Geschichte eines sechsjährigen undokumentierten Kindes, das 82 Tage lang in einem Abschiebezentrums eingesperrt war. http://www.memorial-caen.fr/fr/concours_2007/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=27

Besonderer Dank gilt Brita Pohl, Margret Müller, Baerbel Reissmann, Kirsten Pohl, Jan Kluck, Andrea Grossmann, Anja Hartwig und Anne Kohl für die Übersetzung des Rundbriefs ins Deutsche und Brita Pohl für das Korrekturlesen.

Zum Abonnieren des PICUM-Newsletters bitte eine E-Mail an administration@picum.org mit „Subscribe-German“ als Betreff. Zum Kündigen bitte „Unsubscribe-German“ als Betreff.